A25 Mehr Öffentlichkeitsarbeit für die zivile Krisenprävention

Antragsteller*in:	Ottmar von Holtz, Friedel Grützmacher, Melanie Müller
Tagesordnungspunkt:	1. Änderungsanträge zum Wahlprogram

Antragstext

Kapitel 6 (PB-I-01) Zeile 553

Wir setzen uns dafür ein, die Deutsche Stiftung Friedensforschung, den neu eingerichteten Fachbereich an der Deutschen Hochschule der Polizei und andere wissenschaftliche Einrichtungen zu stärken und die Bedeutung von Friedensarbeit gesamtgesellschaftlich noch sichtbarer zu machen. Auch die Erfolge und Chancen der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung wollen wir der Bevölkerung durch Investitionen in mehr Öffentlichkeitsarbeit vermitteln. Dazu wollen wir uns u.a. dafür einsetzen, dass in Berlin ein Begegnungsort geschaffen wird, der Öffentlichkeitsarbeit ermöglicht und wo Friedensarbeit praktisch erfahrbar gemacht wird. Die finanzielle Förderung des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) wollen wir deutlich erhöhen und den kontinuierlichen Ausbau bedarfsgerecht fördern.

Begründung

Jenseits der Fachcommunity wissen nur wenige Menschen, dass es so etwas wie zivile Krisenprävention gibt. Während die Bundeswehr viel Geld für Jugendoffiziere ausgibt, die in Schulen gehen, gibt es kaum Geld für die Öffentlichkeitsarbeit für Friedensmaßnahmen, obwohl viele verschiedene Institutionen in Deutschland an Friedensprojekten arbeiten. Diese sind allerdings kaum sichtbar. Ein erster, gut umsetzbarer Schritt wäre die Einrichtung einer Begegnungsstelle in Berlin, wo sich Menschen informieren können. Die Stelle könnte zB in das Programm der Bundestagsbesucherfahrten oder von Schulklassen aus ganz Deutschland, die Berlin besuchen, aufgenommen werden.

Der Antrag ergänzt den Wahlprogrammentwurf für Berlin, in dem es heißt: "Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass in Berlin ein „Friedensforum" entsteht, das als Begegnungsraum für zivile Konfliktbearbeitung und gewaltfreie Konfliktlösung Friedensarbeit praktisch erfahrbar macht." Siehe 3594-3596 im Berliner Wahlprogrammentwurf: https://gruene.berlin/fileadmin/BE/lv_berlin/LV_Berlin_Dokumente/zentrale_Dokume-nte_Landesverband/b90dg_wahlprogrammentwurf_2021.pdf

Es ist wichtig - auch mit Blick auf eventuelle spätere Förderprogramme für ein solches Friedensforum -, dass der Bedarf nach mehr Öffentlichkeitsarbeit sowie die Schaffungs eines Ortes in Berlin neben dem Berliner Wahlprogramm auch im Bundestagswahlprogramm verankert wird.